

Satzung

über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Gemeinde ENKIRCH

— Februar 1 hat am 25. Februar

Der Gemeindevorstand 964 auf Grund des § 17 Landesstraßengesetz (LStrG) vom 15. 2. 1953 (GVBl. S. 57) und des § 21 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 5. 10. 1954 in der geltenden Fassung folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand der Reinigungspflicht

(1) Die Reinigungspflicht erstreckt sich auf alle in der geschlossenen Ortslage gelegenen öffentlichen Straßen; Öffentliche Straßen im Sinne dieser Satzung sind die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze.

Geschlossene Ortslage ist der Teil des Gemeindebezirks, der in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut ist. Einzelne unbebaute Grundstücke, zur Bebauung ungeeignetes oder ihr entzogenes Gelände oder einseitige Bebauung unterbrechen den Zusammenhang nicht.

(2) Zu den öffentlichen Straßen gehören:

- a) Gehwege einschließlich der Durchlässe,
 - b) Straßenrinnen,
 - c) Seitengräben einschließlich der Durchlässe,
 - d) Einflußöffnungen der Straßenkanäle,
 - e) Böschungen und Grabenüberbrückungen,
 - f) Fahrbahnen; bei Plätzen bis zu einer Entfernung von 8 m von der Fahrbahngrenze,
 - g) Parkplätze
 - h) Promenadenwege (Sommerwege) und Bankette,
- 1)

§ 2

Reinigungspflichtige

(1) Die Straßenreinigungspflicht, die gemäß § 17 Abs. 3 LStrG der Gemeinde - ertlich obliegt, wird für die in § 2 genannten Straßen den Eigentümern der bebauten oder unbebauten Grundstücke auferlegt, die durch diese Straßen erschlossen werden.

Die Reinigungspflicht erstreckt sich bis zur Mitte der Fahrbahn, bei einseitig bebaubaren Straßen auf die ganze Straße.

(2) Den Eigentümern werden gleichgestellt die zur Nutzung oder zum Gebrauch dinglich Berechtigten, denen nicht nur eine Grunddienstbarkeit oder eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zusteht, und die Wohnungsberechtigten (§ 1093 BGB).

(3) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz anzusehen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, insbesondere, wenn ihm eine besondere Hausnummer zugeteilt ist.

§ 3

Leistungsunfähigkeit der Reinigungspflichtigen

Bei Leistungsunfähigkeit der Reinigungspflichtigen (körperliches und wirtschaftliches Unvermögen) führt die Gemeinde - an deren Stelle die Reinigungspflicht durch, soweit nicht ein Dritter beauftragt werden

kann. Ob ein Reinigungspflichtiger als leistungsunfähig anzusehen ist, entscheidet - Gemeindeverwaltung -
trebtfäliTbUIZ

§4

Übertragung der Reinigungspflicht auf Dritte

JöErel)bi322tixtmGzzguicrzxGbzcüelrtclinengaitriO22X-XSkadr.rtDrgürtrig
tzc.ee.XeXdfggfüichlne(e)2)Chezgg.
DPAtexXXXibailteXi..etiXteX2e¹Xi¹X3littrieenufxfllitiatiouheXezeltige*X.A³SEK2²Ctsierät=2
KiPleigeMit3iggivjaigeldlebeKiXeCiLdfffInairinCX

X>1=01
Xlkketcggegrigint
MeXf--

- Der Reinigungspflichtige kann durch Vertrag die Reinigungspflicht auf einen Dritten (z. B. Pächter, Mieter) übertragen. Der Vertragsabschluß ist der Gemeinde-Stadt-Verwaltung anzuzeigen. - *)

§ 5

Umfang der allgemeinen Reinigung Die

Reinigungspflicht tunlaßt insbesondere

1. das Besprengen und Säubern der Straßen (§ 6),
2. die Schneeräumung auf den Straßen (§ 7),
3. das Bestreuen der Gehwege, Fußgängerüberwege und der besonders gefährlichen Fahrbahnstellen bei Glätte (§ B).

§ 6

Besprengen und Säubern der Straßen

- (1) Das Säubern der Straße umfaßt insbesondere die Beseitigung von Kehrricht, Schlamm, Gras, Unkraut und stigem Unrat jeder Art, die Entfernung von Gegenständen, die nicht zur Straße gehören, die Säuberung der Straßenrinnen, Gräben und der Durchlässe.
- (2) Kehrricht, Schlamm und sonstiger Unrat sind unverzüglich nach Beendigung der Reinigung zu entfernen. Das Zukehren an das Nachbargrundstück oder das Kehren in Kanäle, Sinkkästen, Durchlässe und Rinnenläufe oder Gräben ist unzulässig.
- (3) Bei wassergebundenen Straßendecken (sandgeschlammten Sc.hotterdecken) und unbefestigten Randstreifen dürfen keine harten und stumpfen Besen benutzt werden,
- (4) Bei trockenem und frostfreiem Wetter ist vor dem Reinigen die Straße zur Verhinderung von Staubentwicklung ausreichend mit Wasser zu besprengen, soweit nicht besondere Umstände entgegenstehen, z. B. bei einem Wassernotstand.
- (5) Die Straßen sind grundsätzlich an den Tagen vor einem Sonntag oder einem gesetzlichen oder kirchlichen Feiertag in der Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. bis spätestens 18.00 Uhr, in der Zeit vom 1. 10. bis 31. 3. bis spätestens 16.00 Uhr zu reinigen, soweit nicht in besonderen Fällen eine öftere Reinigung erforderlich ist. Außergewöhnliche Verunreinigungen sind ohne eine Aufforderung sofort zu beseitigen. Das ist insbesondere nach starken Regenfällen, Tauwetter und Stürmen der Fall.
- (6) Die Gemeindeverwaltung -x,R.t-elit33,12% - kann bei besonderen Anlässen, insbesondere bei Heimatfesten, besonderen Festakten, kirchlichen Festen, - nach Karnevalsumzügen - eine Reinigung auch für andere Tage anordnen. Das wird durch die Gemeindeverwaltung - lesielf..cW'eMit - öffentlich bekanntgemacht oder den Verpflichteten besonders mitgeteilt.

§ 7

S ebne eräumung

Wird durch. Schneefälle die Benutzung von Fahrbahnen und Gehwegen erschwert, so ist der Schnee unverzüglich wegzuräumen. Gefrorener oder festgetretener Schnee ist durch Loshacken zu beseitigen. Der weggeräumte Schnee ist so zu lagern, daß der Verkehr auf den Fahrbahnen und Gehwegen nicht eingeschränkt und der Abfluß von Oberflächenwässern nicht beeinträchtigt werden.

§ 8

Bestreuen der Straßen

- (1) Die Streupflicht erstreckt sich auf Gehwege, Fußgängerüberwege und die besonders gefährlichen Fahrbahnstellen bei Glätte. Soweit kein Gehweg vorhanden ist, gilt als Gehweg ein Streifen von 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze. -

*) Nichtzutreffendes streichen.

(2) Die Benutzbarkeit der Gehwege, Fußgängerüberwege und der besonders gefährlichen Fahrbahnstellen ist durch Bestreuen mit abstumpfenden Stoffen (Asche, Sand, Sägemehl) herzustellen. Eis ist aufzuhacken und zu beseitigen. Das Streuen mit Salz ist verboten, wenn hierdurch der Oberflächenbelag der Straße beschädigt werden kann. Entstandene Rutschbahnen sind sofort zu beseitigen.

(3) Die bestreuten Flächen vor den Grundstücken müssen in ihrer Längsrichtung so aufeinander abgestimmt sein, daß eine durchgehend benutzbare Gehfläche gewährleistet ist. Deshalb muß sich der später Streuende insoweit an die schon bestehende Gehwegrichtung vor den Nachbargrundstücken anpassen.

(4) Die Straßen sind erforderlichenfalls mehrmals am Tage so zu streuen, daß während der allgemeinen Verkehrs

zeiten (von 20.00 Uhr bis Uhr) auf den Gehwegen, Fußgängerüberwegen und besonders gefährlichen Fahrbahnstellen keine Rutschgefahr besteht.

§ 9

Umfang der besonderen Reinigung

Werden öffentliche Straßen bei der An- und Abfuhr von Kohlen, Baumaterialien oder anderen Gegenständen oder bei der Abfuhr von Schutt, durch Leckwerden oder Zerschlagen von Gefäßen oder auf andere ungewöhnliche Weise verunreinigt, so müssen sie von demjenigen, der die Verunreinigung verursacht hat, sofort gereinigt und der zusammengekehrte Unrat beseitigt werden. Wird der Verursacher nicht ermittelt, so obliegt dem sonst zur Reinigung Verpflichteten (§ 2) auch diese außerordentliche Reinigung.

§ 10

Abwässer

Den Straßen, insbesondere den Rinnen, Gräben und Kanälen dürfen keine Spül-, Haus-, Fäkal- oder gewerblich Abwässer zugeleitet werden. Ebenfalls ist das Ableiten von Jauche, Blut oder sonstigen schmutzigen oder übel riechenden Flüssigkeiten verboten. Das in den Rinnen, Gräben und Kanälen bei Frost entstehende Eis ist in der gleichen Weise zu beseitigen wie die durch Frost oder Schneefall herbeigeführte Glätte.

§ 11

Zwangsmittel Zwangsmittel

Für die Anwendung von Zwangsmitteln bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzung gilt das Verwaltungsvollstreckungsgesetz von Rheinland-Pfalz vom 8. 7. 1957 (GVB1. S. 101).

§ 12

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am in Kraft. Diese Satzung tritt am in Kraft.

Bescheinigung

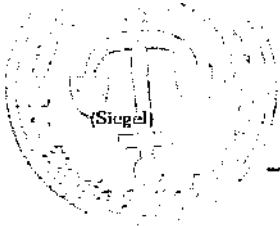
Der Entwurf dieser Satzung hat vom 1.3. November 1963 bis 1963

bei der - Gemeinde- - Verwaltung .Enkirch.....

zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegen. Die öffentliche Auslegung wurde vember 1.963 ...
durch Aushang und Hinweis in der Traben- ortsüblich bekanntgemacht. Trarbacher-
Zeitung

Ort

Datum



Mfiarf=Gemeinde-Verwaltung ENKIRCH:

Unterschrift und Amisbezeichnung

Enkirch

28. Februar 1964

Aktenvermerk

1. Diese Satzung wurde in der Sitzung des - Stadt- Gemeinde-Rates vom
beschlossen.

2. Diese Satzung wurde am dem Landratsamt in
gemäß § 21 (4) G.O. vorgelegt.

Das Landratsamt in hat am unter
Aktenzeichen bestätigt, daß keine Bedenken wegen Verletzung der Gesetze
geltend gemacht werden.

3. Diese Satzung wurde am durch

..... öffentlich bekanntgemacht. - Die Satzung ist damit
am in Kraft getreten,

Aktenzeichen:

Ort

Datum

Stadt-Amts-Gemeinde-Verwaltung.....

{Siegelt